

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 27.08.2020

AN/1158/2020

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.09.2020
Ausschuss für Soziales und Senioren	15.04.2021

Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Rates am 10.09.2020 aufzunehmen

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung,

1. eine regelmäßige Kölner Armutskonferenz in die Wege zu leiten, die das Ziel hat, die Lebenssituation von armen oder armutsgefährdeten Menschen zu verbessern. Die Armutskonferenz muss darauf hinarbeiten, konkrete kommunale Handlungsoptionen zu präsentieren und zu evaluieren, mit denen die Verwaltung die Bekämpfung von Armut angehen kann. Hierzu bedarf es eines regelmäßigen Turnus der Konferenz sowie einer größeren Präsenz dieses Problems in der kommunalen und politischen Öffentlichkeit.
2. In der Kölner Armutskonferenz sollen Ratsfrauen und -herren, Expert*innen, wichtige Akteure wie die Wohnungsbaugesellschaften, Wohlfahrtsverbände, Interessenvertretungen, Initiativen usw. vertreten sein. Außerdem ist es wichtig, dass von Armut betroffene Menschen selbst an der Konferenz teilnehmen und ihre Belange vertreten und diskutieren können.

Begründung:

Etwa ein Viertel der Kölner ist von Armut bedroht. Bei den Haushalten Alleinerziehender steigt dieser Wert sogar auf 40 Prozent. Knapp 50.000 Kinder sind betroffen. Von den Erwerbstätigen sind etwa 16 Prozent arm trotz Arbeit. Hier spielen sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse, die sich deutschlandweit seit längerer Zeit stetig ausgeweitet haben, eine entscheidende Rolle: Minijobs, befristet, in Teilzeit oder Leiharbeit. Die Prekarität innerhalb der Erwerbsbiographie wiederum schlägt sich auf die Möglichkeiten nieder, für das Alter vorzusorgen. Im Rentenalter werden diese Menschen unter verschärfter Armut leiden.

Die Corona-Pandemie dürfte all diese Zahlen noch einmal deutlich nach oben getrieben haben. Noch ein gewichtiger Grund mehr, dem Problem in Form einer Armutskonferenz ein stetiges, regelmäßig arbeitendes Forum zu bieten.

Das Ziel einer solchen Konferenz bestünde in der Verbesserung der Lebenssituation von armen und armutsgefährdeten Menschen in Köln. Der besondere Fokus müsste auf der Situation von Familien, Alleinerziehenden, Kindern, Frauen und Senior*innen liegen. Alle Menschen müssen würdevoll und unter Teilhabe an der städtischen Gesellschaft in Köln leben können. Die Armut ist der größte Faktor, der diese Selbstverständlichkeit jeden Tag für zu viele Menschen zunichtemacht. Dabei sind gelingende Erwerbsbiographien das A und O in der Bekämpfung von Armut. Damit ist die gestalterische Kompetenz der Verwaltung und von kommunalen Gremien der Rheinmetropole aufgerufen, Rahmenbedingungen, gezielte Förderungen und Interventionen zu schaffen, die helfen, die Armut zu senken.

Einen weiteren Armutsfaktor in unserer Stadt stellt die Zuwanderung aus Armutsgründen aus Osteuropa dar. Diesen Menschen muss eine realistische Perspektive auf Aufstieg und Teilhabe geboten werden. Wie das gehen kann, muss die Armutskonferenz thematisieren und diskutieren.

Neben den Hintergründen von Migration und Flucht, chronischer Krankheit und Behinderung, den exorbitanten Mietpreisen und der Wohnungslosigkeit stellen darüber hinaus die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie die Menschen vor eine große Herausforderung. Ohne dass das gesamte Bild bereits vorläge, darf als klar gelten, dass sich hier die individuelle wirtschaftliche Situation vieler Menschen mit geringen und mittleren Einkommen noch einmal deutlich verschärft hat.

Bei der Quote der Mindestsicherung gab es in den letzten Jahren immerhin kontinuierliche, kleine Schritte nach unten. Sie liegt gerade bei 10 Prozent. Köln liegt hier im Durchschnitt von Nordrhein-Westfalen, das jedoch im Ländervergleich deutlich von Armut betroffen ist. Das Land mit den meisten Einwohner*innen hat jedenfalls vermeintliche Sorgenregionen im Osten Deutschlands längst überflügelt. Somit relativieren sich die Erfolge im Bereich der Altersarmut wieder, sobald man das ganze Bild in den Blick nimmt.

Große Sorgen bereitet darüber hinaus die steigende Zahl armer Kinder. Hier sind die Möglichkeiten zur Entfaltung und Entwicklung durch die eingeschränkten Erfahrungshorizonte schulischer und außerschulischer Natur oftmals stark eingeschränkt – ebenso die sozialen Kontakte oder auch die Wahrung weiterer unveräußerlicher Kinderrechte. Insbesondere Kinder aus Familien, die von Leistungen der sozialen Grundsicherung abhängig sind, sind gegenüber ihren Altersgenossen deutlich schlechter gestellt – ein eklatanter Widerspruch zur Formulierung von Kinderrechten, in der der Zufall der Herkunftsfamilie eben keine Rolle zu spielen hat. Für ein Fünftel der Kölner Kinder ist dies jedoch Alltag. Studien zeigen immer wieder auf, dass es auch für die nächsten Generationen oft kein Entrinnen aus der Armut gibt. Eine Familie, die einmal bildungsfern und arm ist, bleibt es meist über Generationen. Dieser Automatismus muss durchbrochen werden: im Interesse der betroffenen Menschen und für die Sozialhaushalte unserer Kommunen.

Doch auch über das individuelle Leiden hinaus stellt Armut für eine Stadtgesellschaft als Ganze ein Problem dar. Wie sich die individuelle Armut also auf Fragen wie den öffentlichen Raum, das Sicherheitsgefühl, das soziale Klima auf den Straßen, Hotspots von Suchterkrankten und auf die demokratische Teilhabe der Menschen auswirkt, darüber muss eine Armutskonferenz differenzierte Antworten abseits von bloßer Ordnungspolitik liefern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rafael Struwe
SPD-Fraktionsgeschäftsführer